

## Zum Antrag "Die Staatsschulden dem Kapital anlasten"

Der Bezirk Baden-Württemberg hat den Antrag „Die Staatsschulden dem Kapital anlasten“ an den Parteitag gestellt. Worum geht es?

Die Gesellschaften stehen heute an einem Wendepunkt. Der Imperialismus schickt sich an, unter Instrumentalisierung der von ihm selbst hervorgebrachten Krise alle destruktiven Widersprüche in historisch einmaliger Weise zuzuspitzen. Um der politischen Praxis der DKP in Zeiten der Krise ein wissenschaftliches Fundament zu geben, muss der Parteitag eine Analyse der Krise vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus erarbeiten.

Die DKP hat bisher noch keine Krisenanalyse vorgelegt, die über die Begrifflichkeit der „Übergangs- oder Großen Krise“ hinausgeht (vgl. Politische Resolution). Die unabdingbare Voraussetzung aber, die aktuelle Gegenposition der Arbeiterklasse zu schärfen, ist die wissenschaftliche Analyse. Es ist daher höchste Zeit, dass der Parteitag die Frage nach dem Wesen der Krise zumindest in groben Zügen beantwortet. Dies ist eine dringende Schlüsselaufgabe, die es zu bewältigen gilt.

Der Antrag „Die Staatsschulden dem Kapital anlasten“ bietet eine mögliche Analyse der Krise an und stellt sie zur Diskussion. Nach einer allgemeinen Charakterisierung der Krise als Überproduktions- und Überakkumulationskrise wird der Versuch unternommen, die Rolle der Staatsverschuldung als ihr dominantes Merkmal herauszuarbeiten. Nachdem die Staatsverschuldung historisch als progressives Mittel zur Generierung von Reichtum entstanden ist, und als solches z.B. im Verlauf der Krisen der 1970er Jahre Teil der bürgerlichen Lösungsstrategie war, verwandelt sie sich im Zuge der gegenwärtigen Krise in ein brachiales Repressionsinstrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Dieser qualitative Umschlag im Wesen der Staatsverschuldung hebt den allgemeinen Verfaulungsprozess des Kapitalismus, der mit seinem imperialistischen Stadium einsetzte, auf ein höheres Niveau. Dies führt zu fundamentalen Umbrüchen an der Basis, im Überbau und im Verhältnis der beiden Momente zueinander. Damit wird die Einschätzung der Politischen Resolution des 19. PT auf eine wissenschaftliche Basis gestellt, wonach „Umbrüche in den gesellschaftlichen Verhältnissen – den Formen der Produktion, der Machtausübung des Kapitals, im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, im internationalen Kräfteverhältnis, usw. – vor sich gehen“. Die Besonderheit der aktuellen Krise wird in der besonderen Rolle der Staatsverschuldung ausgemacht.

Die Repression durch die Staatsschulden (Schuldenbremse, Sparprogramme, usw.) trifft dabei die Angehörigen der Arbeiterklasse am heftigsten, wirkt sich aber auch auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der anderen gesellschaftlichen Klassen und Schichten aus. Das unmittelbare Erleben der Repression durch die Staatsschulden soll dem Antrag zufolge Anhaltspunkt sein, den Widerstand zu forcieren. Der Kampf der Gegenkräfte soll auf diesen Punkt konzentriert werden. Dies ist die strategische Grundlinie des Antrages. Mit der Forcierung des Widerstands auf die Institution der Staatsverschuldung wird zugleich die Eigentumsfrage als „Grundfrage der Bewegung“ (Manifest) gestellt.

Deshalb unsere Bitte: lest den Antrag (<http://dkp-karlsruhe.de/artikel/2012/20121218.html>) sorgfältig durch, formuliert Ideen und Kritik und tragt so und dadurch dazu bei, dass der Parteitag diese dringende Schlüsselaufgabe wirkungsvoll lösen kann.

DKP Karlsruhe